

Dokumentation

Plenum Teil 2: UMLANDSTADT aus verschiedenen Blickwinkeln

UBA Forum 2021

UMLANDSTADT umweltschonend

Nachhaltige Verflechtung von Wohnen,
Arbeiten, Erholung und Mobilität

Digitalkonferenz, 23. November 2021

UMLANDSTADT aus verschiedenen Blickwinkeln: Kommentierung durch Bundes-, Regional- und Kommunalebene

Kulturwandel, digitale Transformation und neue Planungsinstrumente

Die Kommentierungsrunde bestreiten Vertreter*innen der Bundes-, der Regional- und der Kommunalebene und bringen ihre Perspektive zum Konzept „UMLANDSTADT umweltschonend“ ein. Sie sind eingeladen, die vom UBA in der Broschüre UMLANDSTADT umweltschonend behandelten Themen und formulierten Botschaften zu reflektieren und zu kommentieren.

Stadt und Land in Thüringen



Dr. Martha Doehler-Behzadi ist Geschäftsführerin der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen.

Sie beschäftigt sich mit der Frage, von welchem „Raum“ bei der IBA Thüringen konkret die Rede ist. „Wir haben in Thüringen keine Agglomerationsräume“, so Dr. Doehler-Behzadi. Die Siedlungsstruktur sei kleinteilig und ländlich. Deshalb habe man für die IBA das Thema „StadtLand“ als Titel gewählt. Ausgangspunkt sei die demografische Schrumpfung. Sie merkt an, dass der „urban sprawl“, die Zersiedlung der Landschaft, kein neues Problem sei. „Wer hätte es nicht gern, wenn die Städte kompakt, die Dörfer intakt und die Landschaft heil gehalten werden könnten“, zitiert sie aus dem Buch „Zwischenstadt“ des Architekten und Stadtplaners Thomas Sieverts. In dem Konzept der

UMLANDSTADT erkenne sie viele dieser Ziele wieder. Auf die Nachfrage, ob eine neue Perspektive auf Stadt und Land nötig sei, antwortet sie, ihr fehle in dem Konzept UMLANDSTADT der Aspekt der Landschaft. Was sich jetzt in die UMLANDSTADT ergieße, könne große Umweltfolgen haben. Sie betont, dass die Mandate der Politiker*innen in Bezug auf ihre Gemeinden groß und stark seien. In Bezug auf das Miteinander im Umland sei ihr Handeln jedoch freiwillig. Deshalb brauche es andere machtpolitische und ökonomische Instrumente, um schneller voranzukommen.

Ihre Empfehlung an die neue Bundesregierung ist ein Zitat des Schweizer Kunsthistorikers André Corboz: „Das Territorium gehört auf die Tagesordnung.“

Gesundheit in der UMLANDSTADT



Die Medizinerin Prof. Dr. Claudia Hornberg ist Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU). Bei ihrer Wiederwahl im August 2020 forderte sie entscheidende Fortschritte beim Klima- und Umweltschutz.

Sie wird gefragt, welche politischen Weichenstellungen im Kontext Stadtumland anstehen und wie wichtig ihr dabei Themen wie z.B. Lärm, Feinstaub oder Stress seien. „Die Corona-Pandemie hat Trends wie das Home-Office beschleunigt“, so Hornberg. Wo es machbar sei, solle Home-Office dauerhaft ermöglicht werden. Das private Auto hingegen habe in der Pandemie gewonnen, der ÖPNV verloren. Dieser Trend müsse in den kommenden Jahren umgekehrt werden, sonst würden die vielfachen Chancen zur Verbesserung der Lebensqualität des Umland

Stadtbereiches verschenkt. Für sie als Ärztin sei das Thema aktive Mobilität, also Radfahren und zu Fuß gehen, ein wichtiges Anliegen. Umweltschutz müsse an Themen wie Lebensqualität und Daseinsvorsorge in der UMLANDSTADT gekoppelt werden. Die zentrale Größe sei der Flächenverbrauch. Im Umland würden immer noch Ein- bis Zweifamilienhäuser dominieren. Der zusätzliche Flächenverbrauch gehe zu Lasten von regionalen Freiräumen. Das seien Flächen, die nicht mehr für Erholung, Landwirtschaft und Biodiversität zur Verfügung stünden.

Prof. Hornbergs Empfehlung an die neue Bundesregierung: Sich den großen Herausforderungen mit strategischem Blick widmen und dabei die soziale Gerechtigkeit im Blick behalten.

Überregionale Planung in der Region Hannover



Regionsrätin Christine Karasch leitet das Dezernat Umwelt, Planung und Bauen in der Region Hannover. Die Landeshauptstadt und die umliegenden Kommunen grenzen an sehr ländliche Gebiete wie die Hildesheimer Börde oder die Südheide.

An sie richtet sich die Frage, inwieweit sie die Region Hannover in der Beschreibung der UMLANDSTADT wiederfinde. „Ich begrüße den Perspektivwechsel auf die UMLANDSTADT. Wir leben teilweise schon das, was das Konzept beschreibt und versuchen, das zu ordnen“, so Christine Karasch. Seit 2005 betreibe die Region eine systematische dezentrale Konzentrationsplanung mit dem Vorrang von Innen- und Schwerpunktentwicklung entlang der ÖPNV-Achsen. Angesichts abnehmender Flächenverfügbarkeit in den Städten und

Nutzungskonflikten würden die Planungsinstrumente jedoch nicht ausreichen. Schon jetzt gebe es beispielsweise eine Übernutzung von Erholungsräumen. Notwendig seien mehr Kooperation und ein starkes Regionalmanagement, wie es in der UMLANDSTADT beschrieben sei. Die Region Hannover habe mit ihrer Wohnrauminitiative zwar ein regionsweites Wohnraumversorgungskonzept entwickelt, Dichtewerte definiert und den Informationsaustausch organisiert, aber gebaut werde kommunal. Die

Umsetzung fuße auf lokalem Verständnis und lokalem Interesse. Angesichts der Freiwilligkeit bleibe die Umsetzung deshalb schwierig.

Ihre Empfehlung an die neue Bundesregierung: weg von der Förderung einzelner Projekte und Vereinbarung klarer Verantwortlichkeiten.

Neue Perspektiven aus der Region/Köln Bonn



Dr. Reimar Molitor arbeitet als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Region Köln/Bonn e.V. für eine abgestimmte nachhaltige Entwicklung der Region.

An ihn richtet sich die Frage, ob sich angesichts von Digitalisierung und mobilem Arbeiten neue Perspektiven für die UMLANDSTADT eröffnen. „Der regionalen Ebene kommt eine Schlüsselrolle zu“, so Dr. Molitor. Die Corona-Pandemie habe den Trend zu einer Veränderung der Tagbevölkerung (Menschen, die sich tagsüber in einem Gebiet aufhalten) beschleunigt. Vor diesem Hintergrund würden sich rund um die Bereiche Arbeit, Wohnen, Einzelhandel, medizinische Versorgung und Freizeitgestaltung neue Fragestellungen ergeben. Im Region Köln Bonn e.V. sind 61 Kommunen (auf beiden Rheinseiten) versammelt, von denen

etwa die Hälfte in die Kategorie UMLANDSTADT fallen. Für diese Region habe man ein „Zielbild“ entwickelt und sich auf dessen Umsetzung geeinigt. Wichtig sei, dass jede Strategie Verbindlichkeit brauche.

Dr. Molitors Empfehlung an die neue Bundesregierung: Die konsequente Bindung von allen Fördermitteln an ein abgestimmtes regionales Zielbild, das den Forderungen von „UMLANDSTADT umweltschonend“ entspricht.

Mobilität in der UMLANDSTADT



Christian Rauch ist Leiter des Referats „Digitale Stadt, Risikvorsorge und Verkehr“ beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

Er setzt sich mit der Frage auseinander, welche Chancen und Herausforderungen sich mit der Digitalisierung für die UMLANDSTADT ergeben. „Die räumlichen Distanzen können einerseits leichter überwunden werden, der urbane und der ländliche Raum rücken näher aneinander“, so Christian Rauch. Die digitale Transformation könne eine nachhaltige, integrierte Stadt- und Regionalplanung möglich machen. Sie Sorge für neue Verbindungen zwischen vorurbanen Gebieten und Städten. Die Digitalisierung könne andererseits aber auch der Zersiedlung Vorschub leisten. Es könnten längere Arbeitswege zwischen

Wohn- und Arbeitsort akzeptiert werden, wenn man nicht jeden Tag pendeln müsse. Nötig seien integrierte, digital vernetzte Mobilitätsangebote, die in das weitere Umland der Städte, die

UMLANDSTADT, hineingetragen werden. Smarte-Hubs, wie die MobilitätspunktePlus des Konzepts „UMLANDSTADT umweltschonend“, seien nicht nur Orte für den Umstieg in den Umweltverbund und für die überregionale Erreichbarkeit (ICE und Flughafen), sie seien auch Baustein der Regional- und Stadtentwicklung sowie Orte, an denen man sich wohlfühle und gerne aufhalte.

Christian Rauchs Empfehlung an die neue Bundesregierung: Beim Bau von 400.000 Wohnungen pro Jahr auch an die nachhaltige Gestaltung von attraktiven, lebenswerten Städten denken.

Wissenschaft und kommunale Praxis



Prof. Dr. Uwe Schneidewind war bis 2020 wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts. Seit dem 1. November 2020 ist er Oberbürgermeister von Wuppertal. Dort kann er erproben, wie wissenschaftliche Erkenntnisse in der kommunalen Praxis funktionieren.

Was seine Empfehlungen für die Vision UMLANDSTADT umweltschonend seien, wird er gefragt. „Startpunkt ist immer der kulturelle Wandel. Der gibt den neuen Kompass vor“, betont Prof. Schneidewind. Dazu würden Leitbilder wie die 15 Minuten Stadt gehören, in der alle Wege des Alltags in einer Viertelstunde zu erledigen sind oder die gerechte, grüne, produktive Stadt der 2020 verabschiedeten Leipzig-Charta. Diese Grundideen könnten auch in den Stadt Umland Beziehungen lebendig werden, wo die 15 30 Minuten UMLANDSTADT ein Ziel sein könnte. Noch

viel politischen Nachsteuerungsbedarf gebe es bei der Herausforderung, zukünftige Mobilität, den regenerativen Umbau sowie die Entwicklung von Gewerbe- und Wohnbauflächen zu organisieren. Auf die Nachfrage, wie man die Verantwortungsträger*innen begeistern und den Transformationsprozess beschleunigen könne, antwortet Prof. Schneidewind: Viele Probleme würden Ressortzuständigkeiten und politische Ebenen überschreiten. Das erfordere eine neue Verantwortungskultur im Verwaltungshandeln, die über die eigene Zuständigkeit hinausgehe. Das sei eine der wichtigsten Herausforderungen für die Kommunalverwaltung der Zukunft.

Prof. Schneidewind nennt drei Empfehlungen an die neue Bundesregierung, mit dem Fokus auf schnellere und bürgernähere Entscheidungsprozesse: 1. Ganz wichtig: Mut zur Entbürokratisierung und zu flexibleren Regelungen. 2. Mehr Autonomie für die Kommunen und Landkreise, unter anderem bei der Verkehrspolitik und der Ausgestaltung der Energiewende. 3. Ausreichende materielle Möglichkeiten (Finanzen und Personal) für die Kommunen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Die Perspektive der Regiopolregion



Claudia Warnecke, Technische Beigeordnete der Stadt Paderborn und stellv. Mitglied im Ausschuss für Städtebau und Umwelt des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), hat in Paderborn eine Reihe von stadtbildprägenden Projekten auf den Weg gebracht. Viele davon, wie die Aufwertung der Flusslandschaft Pader, haben einen starkem Umweltbezug.

An sie richtet sich die Frage, welche Aspekte aus dem Konzept UMLANDSTADT für die Kernstadt Paderborn mit Ihrem Umland bedeutsam sind. „Wir bewegen uns abseits der Ballungsräume und haben mit einem sehr ländlich geprägten Umfeld ganz spezifische Probleme, insbesondere mit Blick auf die Mobilität angesichts vieler Einpendler*innen“, so Claudia Warnecke. Die Pandemie habe gezeigt, wie wichtig

Naherholungsmöglichkeiten im innerstädtischen Wohnumfeld seien, vor allem für diejenigen, die über keinen eigenen Garten oder Außenbereich verfügen. 2018 hat sich der Verein „regiopolRegion Paderborn“ gegründet, um die Zusammenarbeit im Stadtumlandverbund zu fördern. Allerdings stoße der Verein an seine Grenzen, denn die Kooperation sei freiwillig. Ansätze wie MobilpunktePlus könnten im ländlichen Raum eine Anlaufstelle für Funktionalitäten werden, mit denen kleine Kommunen sich schwertun. Intermodale Mobilität könne auch innerhalb der Region funktionieren.

Claudia Warneckes Empfehlung an die neue Bundesregierung: Es würde sie freuen, wenn die Regiopole als Raumordnungskategorie anerkannt würde.



Kommentierungsrunde, Quelle: Institut Raum und Energie (2021).